

## Pressemitteilung

### FidAR: Aufschub beschädigt Chancen für Gleichberechtigung in der EU

Berlin, 08.12.2015: In der Sitzung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) am 7. Dezember 2015 ist erneut keine Entscheidung zum Vorschlag für eine Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten in der Europäischen Union getroffen worden. Trotz eines Kompromissvorschlages der luxemburgischen Ratspräsidentschaft enthielt sich unter anderem auch Deutschland mit aufschiebender Wirkung und blockierte damit die Durchsetzung einer EU-weiten Mindestquote für Frauen in Führungspositionen.

„Das Votum der Arbeits- und Sozialminister ist ein herber Rückschlag für die Frauen in Europa“, erklärt FidAR-Präsidentin Monika Schulz-Strelow. „Wir haben auf einen deutlichen Impuls aus Brüssel gehofft. Dies hätte den Veränderungsprozess in den Unternehmen, den die Bundesregierung mit dem Gesetz für eine gleichberechtigte Teilhabe angestoßen hat, nochmals Rückenwind gegeben. Die Blockade beschädigt die Chancen für mehr Gleichberechtigung in der Europäischen Union.“

FidAR bekräftigt die Position von Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig, der einzig richtige Weg sei, der EU-Richtlinie zuzustimmen: „Dass Deutschland der EU-Richtlinie zur Förderung von Frauen in Führungspositionen nicht zustimmt, ist eine vertane Chance und aus meiner Sicht ein Fehler“, betont Schwesig. „Auch in den Unternehmen in anderen EU-Staaten muss sich mehr bewegen als bisher. Es kann nicht sein, dass nur die deutsche Wirtschaft sich an Vorgaben halten muss. Die EU-Richtlinie nimmt Rücksicht auf unsere nationalen Regelungen und verlangt auch nicht mehr von uns.“

Der unter der Federführung von der Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, Viviane Reding, im Jahr 2012 vorgelegte Richtlinienvorschlag sieht vor, dass mindestens 40 Prozent der nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitglieder europäischer Unternehmen dem derzeit unterrepräsentierten Geschlecht angehören müssen. Darüber hinaus enthält der Vorschlag der Kommission verbindliche Vorschriften für die Verfahren zur Auswahl der Aufsichtsratsmitglieder. Diese müssen auf Leistung beruhen sowie gerecht und transparent sein.

„Statt eine Vorreiterrolle einzunehmen, steht die Bundeskanzlerin auf der Bremse“, betont Schulz-Strelow. „Damit fallen wir den Frauen in den Mitgliedstaaten in den Rücken, die keine eigene Regelung haben. Dieses Signal könnte auch die Glaubwürdigkeit des Gesetzes zur gleichberechtigten Teilhabe in Deutschland in Frage stellen und damit eine falsche Richtung eingeschlagen werden.“

### Ihre Ansprechpartnerin

Monika Schulz-Strelow, Präsidentin FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e. V.  
Tel.: +49 (30) 887 14 47 13, E-Mail: [monika.schulz-strelow@fidar.de](mailto:monika.schulz-strelow@fidar.de)

### Pressekontakt:

Matthias Struwe | Eye Communications | Agentur für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Tel.: +49 (7 61) 137 62-21, E-Mail: [m.struwe@eyecommunications.de](mailto:m.struwe@eyecommunications.de)

### Über FidAR:

FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e.V. ist eine überparteiliche und überregionale Initiative, die 2006 von Frauen in Führungsposition in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ins Leben gerufen wurde. FidAR strebt eine nachhaltige Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen und die Verbesserung der Unternehmenskontrolle an. Ziel der Initiative ist die paritätische Besetzung aller Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft. FidAR verfolgt diese Ziele im engen Austausch mit Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und in Kooperation mit den relevanten Wirtschafts- und Frauenverbänden. Mehr Informationen zu FidAR im Internet unter [www.fidar.de](http://www.fidar.de).